

AKTIVA

A. Anlagevermögen

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

II. Sachanlagen

1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken
2. technische Anlagen und Maschinen
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung
4. geleaste Anzählungen und Anlagen im Bau

III. Finanzanlagen

1. Anteile an verbundenen Unternehmen
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen
3. Beteiligungen
4. sonstige Ausleihungen

B. Umlaufvermögen

I. Vorräte

1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
2. Ersatzteile und Magazinmaterial
3. unfertige Leistungen
4. Waren

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
4. sonstige Vermögensgegenstände

III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

C. Rechnungsabgrenzungsposten

PASSIVA

A. Eigenkapital

I. Gezeichnetes Kapital

II. Kapitalrücklage

III. Gewinnrücklagen

andere Gewinnrücklagen

B. Sonderposten mit Rücklageanteil

C. Rückstellungen

1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
2. sonstige Rückstellungen

D. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 12.603.091,30 (T€ 12.092,1)
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 4.792.652,37 (T€ 3.725,8)
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 7.375.839,64 (T€ 9.562,5)
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 0,00 (T€ 54,8)
5. sonstige Verbindlichkeiten
- davon aus Steuern € 208.325,30 (T€ 188,2)
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 922,11 (T€ 0,4)
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 1.101.384,08 (T€ 1.624,0)

31.12.2007
T€

31.12.2008
€

€

31.12.2007
T€

31.12.2008
€

€

766,9

18.669,2

601,8

3.410,1

1.377,6

20.325,7

103.198,4

3.725,8

9.562,5

54,8

1.624,0

766.937,82

18.669.208,49

601.802,31

3.423.506,35

1.899.715,00

21.200.762,72

100.606.244,33

4.792.652,37

7.375.839,64

0,00

1.101.384,08

113.876.120,42

1.624,0

160.438.053,11

163.316,8

AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar 2008 bis zum 31. Dezember 2008

	Geschäftsjahr €	Vorjahr T€
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	11.318,35	12,5
10. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge - davon aus verbundenen Unternehmen € 48.134,84 (T€ 15,9)	179.114,61	82,4
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen - davon an verbundene Unternehmen € 7.087,08 (T€ 22,1)	<u>5.198.786,23</u>	<u>5.680,3</u>
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>7.143.902,97</u>	<u>8.206,2</u>
13. außerordentliche Erträge	<u>1.037.139,31</u>	<u>0,0</u>
14. außerordentliches Ergebnis	<u>1.037.139,31</u>	<u>0,0</u>
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.652.491,00	2.103,4
16. sonstige Steuern	<u>183.077,12</u>	<u>182,2</u>
17. Jahresüberschuss	6.345.474,16	5.920,6
18. Aufwendungen aus Ergebnisabführung	<u>6.345.474,16</u>	<u>5.920,6</u>
19. Bilanzgewinn	<u>0,00</u>	<u>0,0</u>

AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal

Anhang für das Geschäftsjahr 2008

1. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches unter Berücksichtigung der besonderen Vorschriften des GmbH-Gesetz aufgestellt worden.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren in Staffelform aufgestellt.

Die Wertansätze der Bilanz zum 31.12.2007 sind unverändert übernommen worden.

Bei der Gliederung ist die bisherige Form der Darstellung sowohl in Bilanz als auch in der Gewinn- und Verlustrechnung unverändert beibehalten worden

Hinsichtlich der Bewertungsmethoden ist festzustellen, dass sie bis auf die Behandlung der Geringwertigen Wirtschaftsgüter und der Bewertung der Pensionsverpflichtungen unverändert beibehalten wurden. Die Pensionsverpflichtungen werden nunmehr entsprechend den Konzernvorgaben der WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH, mit 4% statt 6% abgezinst.

1.1 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensstände und das Sachanlagevermögen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich der bisher verrechneten Abschreibungen angesetzt. Hierbei wird ausschließlich von der linearen Abschreibungsmethode Gebrauch gemacht.

Geringwertige Vermögensgegenstände werden abweichend zum Vorjahr in Übereinstimmung mit den geänderten steuerlichen Vorschriften entsprechend § 6 Abs. 2 a EStG abgeschrieben. Sie werden im Zugangsjahr in einem Sammelposten zusammengefasst und aktiviert. Beginnend mit dem Zugangsjahr erfolgt die Abschreibung über einen Zeitraum von 5 Jahren abgeschrieben.

Die Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten bewertet.

Die Ausleihungen des Finanzanlagevermögens sind mit dem Nennbetrag bewertet.

Die Bewertung der Vorräte erfolgt zu Anschaffungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips. Im Bereich der Ersatzteile wird wie im Vorjahr eine Abwertung anhand von Alterstrukturlisten vorgenommen. Im Bereich der Handelswaren wird die Bewertung der Altteile aufgrund der aktuellen negativen Marktentwicklung analog dem Vorjahr fortgeführt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden grundsätzlich zu Nominalbeträgen bewertet. Ausfallrisiken zu Forderungen werden durch Einzelwertberichtigungen oder Abschreibungen berücksichtigt. Dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch eine Pauschalwertberichtigung zu Forderungen ausreichend Rechnung getragen.

Die liquiden Mittel werden zu Nominalwerten ausgewiesen.

Unter den Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind für 2009 vorausbezahlte Aufwendungen abgegrenzt.

Das Eigenkapital wird zum Nominalwert bewertet.

Der Sonderposten mit Rücklageanteil umfasst steuerrechtliche Wertberichtigungen nach § 7 Abs. 5 EStG und die ratierlich über die Laufzeit der Fernwärmeanlage aufzulösenden Investitionszuschüsse zur Fernwärmekopplung des Landes NRW.

Die Pensionsrückstellungen sind zum Teilwert der Pensionsverpflichtungen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Basis eines Zinsflusses von 4 % (VJ 6%) errechnet.

Die übrigen Rückstellungen werden entsprechend § 249 Abs. 1 HGB in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken sowie ungewisse Verbindlichkeiten.

Alle Verbindlichkeiten sind zum Rückzahlungsbetrag passiviert.

2. Einzelangaben zur Bilanz

2.1 Anlagevermögen

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens zeigt der beigefügte Anlagenspiegel für das Geschäftsjahr 2008.

2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten Forderungen gegenüber den Gesellschaftern in Höhe von T€ 1.334,9 (Vorjahr T€ 1.846,9).

Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen in Höhe von T€ 2.190,8 (Vorjahr T€ 1.413,5)

Sämtliche Forderungen haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Des Weiteren enthalten die Forderungen keine Beträge größeren Umfangs, die erst nach dem Abschlussstichtag entstanden sind.

2.3 Sonderposten mit Rücklageanteil

Die Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil wird unter den sonstigen betrieblichen Erträgen mit T€ 21,8 (Vorjahr T€ 21,8) ausgewiesen. Hier wird parallel zur Abschreibungsdauer der Fernwärmanlage der in den Sonderposten eingestellte, zu ihrer Errichtung gewährte Investitionszuschuss des Landes NRW aufgelöst.

Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil werden unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit T€ 35,3 (VJ T€ 35,3) ausgewiesen. Dort wird die Differenz zwischen der handelsrechtlichen Abschreibung von 2 % und der steuerlich zulässigen Abschreibung von 5 % für ein Gebäude ausgewiesen.

Wesentliche künftige steuerliche Belastungen aus dieser Maßnahme werden für die Ergebnisse der nächsten fünf Jahre nicht erwartet.

2.4 Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden mit T€ 1.899,7 ausgewiesen. Hiervon entfallen auf Pensionsanwartschaften T€ 641,2 sowie für laufende Pensionen T€ 1.258,5.

Zum Abschlussstichtag bestanden keine Steuerrückstellungen.

In den sonstigen Rückstellungen von T€ 21.200,8 wurde im Wesentlichen für die Nachsorge der Filterstaubdeponie, unterlassene Instandhaltungsmassnahmen, bestehende Abbruchverpflichtungen, Vorsorge Vertragsbeendigung sowie sonstige Personalkosten mit insgesamt rund T€ 16.000 Vorsorge getroffen.

2.5 Verbindlichkeiten

Zusammensetzung, Restlaufzeit und Besicherung der Verbindlichkeiten stellen sich wie folgt dar:

		Restlaufzeiten			
		Gesamt	Bis 1 Jahr	Über 1 bis 5 Jahre	Über 5 Jahre
		T€	T€	T€	T€
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	100.606,2	12.603,1	47.239,7	40.763,4
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.792,6	4.792,6		
3.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	7.375,9	7.375,9		
4.	Sonstige Verbindlichkeiten	1.101,3	1.101,3		
		113.876,0	25.872,9	47.239,7	40.763,4

Für langfristige Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von T€ 202,7 (Vorjahr T€ 702,8) hat die Stadt Wuppertal als Gesellschafterin die Bürgschaften in voller Höhe und die Stadt Remscheid Rückbürgschaften über 25 % übernommen.

Für unverbürgte Darlehen wurde von der AWG eine Negativerklärung erstellt. Für die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen liegen teilweise Eigentumsvorbehalte vor.

2.6 Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Haftungsverhältnisse im Sinne von § 251 HGB bestanden zum Abschlussstichtag nicht.

Nicht bilanzierte finanzielle Verpflichtungen bestehen in folgendem Umfang:

2.6.1 Miet- und Leasingverträge

Die Mietzahlungen für gemietete Grundstücke und Gebäude belaufen sich auf T€ 934,4 jährlich.

Weiterhin bestehen Leasingverträge für Kraftfahrzeuge in Höhe von T€ 233,4 sowie Mietverpflichtungen für Büroausstattung in Höhe von T€ 14,6 jährlich.

Des Weiteren bestehen umfangreiche EDV-Verträge mit einem Zahlungsvolumen von rd. T€ 302,5 jährlich.

2.6.2 US-Lease-Service-Contract-Finanzierung

Die Gesellschaft hat am 6./7.12.1999 mit einem US-Trust eine US-Lease-Service-Contract-Finanzierung abgeschlossen. Die Verträge sehen im Falle einer Vertragsverletzung durch die AWG eine Auflösung der Verträge sowie eine dadurch resultierende Entschädigungsleistung vor. Diese ist abhängig vom Zeitpunkt der Vertragsauflösung, den dann bestehenden Zinssätzen und Dollarkursen und kann bis zum 9,5-fachen des aus diesem Geschäft in US-\$ erzielten Barwertvorteils betragen. Auf die ergänzenden Erläuterungen im Lagebericht wird hingewiesen.

Für eine vorzeitige Vertragsbeendigung hat die Gesellschaft durch Bildung einer Rückstellung im Berichtsjahr Vorsorge getroffen.

3. Einzelangaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

3.1 Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse der AWG unterteilt nach Geschäftsbereichen gliedern sich wie folgt auf:

	2008 T€	Vorjahr T€
Thermik (MHKW)	67.128,8	63.572,3
Sammlung und Transport (ESW)	16.170,4	15.935,4
Duales System (DSD)	2.886,3	2.327,3
Vertrieb	661,7	1.115,7
Autorecycling	2.901,3	2.435,8
	89.748,5	85.386,5

3.2 außerordentliche Erträge

Im Geschäftsjahr 2008 fielen außerordentliche Erträge in Höhe von T€ 1.037,1 aus Grundsteuer-Erstattungen aus Vorjahren an.

3.3 Steueraufwand

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wird mit Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von T€ 1.652,5 (VJ T€ 2.103,4) belastet.

3.4 Ergebnisabführung

Auf den im Jahre 2007 abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrag entfällt ein Aufwand in Höhe von T€ 6.345,5.

4. Sonstige Angaben

4.1 Mitarbeiter

Im Jahr 2008 waren durchschnittlich 371 (Vorjahr 340) Mitarbeiter beschäftigt.

4.2 Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

Auf eine Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird entsprechend § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates betrugen T€ 51,0 (Vorjahr T€ 51,7).

Es bestanden zum Abschlussstichtag Rückstellungen für Pensionsanwartschaften der tätigen Geschäftsführer in Höhe von T€ 641,2 (Vorjahr T€ 344,1).

4.3 Organe der Gesellschaft

4.3.1 Geschäftsführung

In 2008 bestand die Geschäftsführung aus folgenden Mitgliedern:

Herr Wolfgang Herkenberg, kaufmännischer Leiter

Herr Dipl. Ing. Conrad Tschersich, Technischer Leiter

4.3.2 Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehörten im Geschäftsjahr 2008 folgende Mitglieder an:

Jürgen	Reese	Geschäftsführer	Vorsitzender
Elke	Rühl	Landtagsabgeordnete	1. stellv. Vorsitzender
Willy	Görtz	Leiter Fahrdienst	2. stellv. Vorsitzender
Frank	Braken	Fahrer	
Karlheinz	Emmert	Kraftfahrer/Pensionär	
Ralph	Güther	Dipl.-Ing.	
Udo	Hellmann	Dipl.-Ing.	
Johannes	Huhn	Angestellter	
Burghard	Mast-Weisz	Stadtdirektor	ab 30.10.2008
Jürgen	Müller	Stadtdirektor	bis 11.06.2008
Ingelore	Ockel	Personalsachbearbeiterin	
Günter	Pott	Polizeibeamter	
Paul-Yves	Ramette	Sozialversicherungsfachangestellter	
Volker	Rösener	Oberstudiendirektor	
Ursel	Simon	Kfm. Angestellte	
Johannes	Dr. Slawig	Stadtdirektor	
Fred	Surga	Kfm. Angestellter	
Hartmut	Tahn	Elektriker	
Oliver	Wagner	Dipl.-Sozialwissenschaftler	
Andreas	Weigel	Oberstudienrat	

Ferner als beratende Mitglieder:

Andreas	Feicht	Vorstand/Geschäftsführer
Thomas	Dr. Hoffmann	Geschäftsführer
Heinz-Werner	Thissen	Geschäftsführer

4.4 Konzernabschluss

Unmittelbares Mutterunternehmen ist die Wuppertaler Stadtwerke GmbH, Wuppertal, in deren Konsolidierungskreis der Abschluss der AWG einzubeziehen ist. Der Konzernabschluss wird beim Handelsregister des Amtsgerichtes Wuppertal hinterlegt. Die Wuppertaler Stadtwerke GmbH ist die Konzernmutter die für den größten und kleinsten Kreis der Gesellschaften einen Konzernabschluss aufstellt.

Wuppertal, im April 2009

Die Geschäftsführung

AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2008

1. Allgemeines

Die Städte Wuppertal und Remscheid und damit auch die AWG sind durch die Mitgliedschaft und Zusammenarbeit im Abfallwirtschaftsverband EKOCity entsorgungspolitisch und wirtschaftlich gut aufgestellt. Der Zweckverband wurde 2002 durch die Städte Bochum, Wuppertal, Remscheid und Herne sowie der Kreise Ennepe-Ruhr, Recklinghausen und dem Regionalverband Ruhr (RVR) als kommunaler Entsorgungsverbund gegründet. Zum 1.1. 2006 ist der Kreis Mettmann dem Verbund beigetreten. Die Kooperation zielt u.a. auf die langfristige Sicherung der Entsorgungssicherheit im Verbandsgebiet, und den Erhalt der kommunalen Einflussnahme auf die Ausgestaltung der Abfallwirtschaft und die dauerhafte Auslastung der vorhandenen Anlagenstruktur. Resultat der insgesamt sehr positiven Entwicklung des Verbands ist, dass die kommunalen Entsorgungspreise und -gebühren in den letzten Jahren weitgehend stabil blieben.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufes

2.1 Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die Verbrennungsmenge des MHKWs der AWG lag im Jahre 2008 bei rd. 427.000 Mg Abfälle aus Haushalten und Gewerbe. Damit hat die AWG im Berichtsjahr eine ähnlich hohe Verbrennungsleistung erbracht wie in den Vorjahren. Dabei ist das Müllheizkraftwerk (MHKW) der AWG allein mit kommunalem Hausmüll aus dem Einzugsbereich des Abfallwirtschaftsverbands EKOCity weitestgehend ausgelastet. Durch die Zusammenarbeit im EKOCity-Verbund konnten die kommunalen Entsorgungsgebühren sowohl im Berichtsjahr, wie auch im laufenden Jahr, wiederum weitgehend stabil bleiben.

Gleichwohl zeigt die Marktentwicklung, besonders in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres, dass die allerorten zu vermerkenden Kapazitätsausweitungen der Müllheizkraftwerke im Bundesgebiet und die Errichtung von neuen Verbrennungskapazitäten, besonders von Ersatzbrennstoffkraftwerken auf Abfallbasis und der Mitverbrennung von Sekundärbrennstoffen, zu einem merklichen Abschwung der Verbrennungspreise für Gewerbemüll führen. Wieder zeigt sich, dass die abfallwirtschaftliche Konstellation der AWG positiv zu bewerten ist, weil die vorhandenen Verbrennungskapazitäten weitestgehend mit langfristig gesicherten kommunalen Mengen aus dem Abfallwirtschaftsverband zu gesicherten Preisen ausgelastet sind.

2.2 Umsatz- und Auftragsentwicklung

Im Bereich der Sammlung und des Transportes sowie der Entsorgung und Verwertung von Abfällen von Haushalten hat die AWG als beauftragter Dritter im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes für die Stadt Wuppertal die Aufgaben des kommunalen Entsorgungsträgers übernommen. Durch den zugrunde liegenden Entsorgungsvertrag mit der Stadt Wuppertal sowie durch die abgeschlossenen Verträge im Rahmen der EKOCity-Kooperation sind die Tätigkeiten der AWG langfristig zu kostendeckenden Konditionen abgesichert.

Papier, Pappe und Kartonagen sind, trotz schwankender Preise, gefragte Wertstoffe, die sich besonders gut zur Wiederverwertung eignen. Deshalb sammelt und verwertet die AWG diese Materialien seit vielen Jahren, verfolgt damit das Umweltziel Abfallverwertung und trägt mit den Erlösen zur Abfallgebührenstabilität bei. Die AWG hat im Jahre 2007 den Beschluss gefasst und die organisatorischen, personellen und investiven Voraussetzungen getroffen, um zum 1. Januar 2008 die Sammlungsaktivitäten von Papier, Pappe und Kartonagen im Wuppertaler Stadtgebiet weiter zu intensivieren.

Bisher wurden diese Materialien von den Bürgerinnen und Bürgern zu den ca. 450 Depotcontainerstandorten, bzw. zu den vier Recyclinghöfen gebracht. Ab dem 1. Januar 2008 bietet die AWG zusätzlich zu dem bisherigen „Bringsystem“ ein haushaltsnahes und bürgerfreundliches „Abholssystem“ an. Auf Wunsch kann jeder Wuppertaler Haushalt die Blaue Papiertonne kostenfrei erhalten. Zusätzliche Gebühren für die Entsorgung fallen nicht an. Gewerbebetriebe können bis zu einer Gefäßgröße von 1,1m³ die Blaue Papiertonne ebenfalls kostenlos erhalten. Die Leerung der Blauen Papiertonne erfolgt in einem vierwöchigen Rhythmus.

Für die Wuppertaler wurde 2008 das Angebot der von der AWG betriebenen Recyclinghöfe um einen zusätzlichen neuen Standort in Wuppertal-Barmen erweitert und damit das ursprüngliche Konzept einer flächendeckenden Versorgung vollständig umgesetzt. Mit nunmehr fünf Recyclinghöfen in Wuppertal hat die AWG nun ein umfassendes, wohnort- und bürgernahes Entsorgungsangebot verwirklicht.

Sparte Thermik

Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2007 steigerte sich die angelieferte Abfallmenge mit 427.185 Mg (VJ 417.258 Mg) um rd. 10.000 Mg.

Die in diesem Bereich ausgewiesenen Umsätze entwickeln sich planmäßig und resultieren im Wesentlichen aus den abgeschlossenen Pacht- und Betriebsführungsverträgen in Höhe von rd. 56.782,2 T€ (VJ 56.981,8 T€).

Weitere wesentliche Erlöse in Höhe von T€ 5.435,6 (VJ T€ 5.036,1) wurden durch das Recht zur Vermarktung von Strom und Fernwärme realisiert, welches zu vergleichbaren Konditionen bei EKOCity erworben wurde.

Sparte Sammlung und Transport

Im Berichtsjahr wurden im Bereich Haus- und Sperrmüll 92.019,18 Mg (VJ 92.823,7 Mg) im Stadtgebiet Wuppertal gesammelt bzw. an den Recyclinghöfen abgegeben. Davon wurden 72.423,18 Mg der Verbrennungsanlage zugeführt. Weitere 19.596,0 Mg wurden dem EKOCity-Center Bochum zugeführt.

Die für die Stadt Wuppertal durchgeführte abfallwirtschaftliche Tätigkeit umfasst ein Auftrags- bzw. Umsatzvolumen in Höhe von 9.122,6 T€ (VJ 8.861,6 T€).

Durch den Sperrmüllschnellservice sowie die Recyclinghöfe konnte ein Umsatz in Höhe von 363,8 T€ realisiert werden.

Bei dem zu entsorgenden Gewerbemüll blieb die Zahl der wöchentlich zu entleerenden Behälter mit 5.850 gegenüber dem Vorjahr mit 5.941 weitestgehend konstant. Gleichzeitig konnte jedoch die Zahl der Frontumleerbehälter von rd. 220 im Vorjahr auf rund 260 gesteigert werden.

Die weiteren Erlöse resultieren im Wesentlichen aus der Vermarktung (1.903,6 T€) von Altpapier und Altkleider (153,0 T€) sowie der Entsorgung von Schadstoffen (54,5 T€). Zusätzlich konnten Transportumsätze in Höhe von 1.032,7 T€ generiert werden.

Sparte Autorecycling

Die Umsatzerlöse in der Sparte Autorecycling konnten mit 2.901,3 T€ gegenüber dem Vorjahr (2.435,8 T€) um rund 19 % gesteigert werden. Diese Steigerung ist maßgeblich durch den Verkauf von Teilepaketen sowie den gesteigerten Schrotterlös geprägt.

2.3 Beschaffung

Die von der AWG für die Beschaffung notwendigen Märkte (Anlagen- sowie Verbrauchsgüter) lassen aus heutiger Sicht keinen Schluss auf Mengen- und Preisrisiken zu. Der Lagerbestand von Ersatzteilen und Magazinmaterial blieb mit 3.765,0 T€ gegenüber dem Vorjahr (3.709,2 T€) konstant.

2.4. Investitionen

Sparte Thermik

Im Bereich des Müllheizkraftwerkes wurden im Berichtsjahr Investitionen in Höhe von 6.879,8 T€ durchgeführt. Unter anderem wurden die bereits in 2007 begonnenen Maßnahmen der Modernisierung einer neuen Rauchgasreinigungslinie fertig gestellt und in Betrieb genommen.

Weiterhin wurden wesentliche Teile der Leittechnik erneuert. Zusätzlich wurde mit den Maßnahmen zur Erneuerung der 10 KV Anlage begonnen. Der Abschluss dieser Maßnahme ist für März 2009 beabsichtigt.

Sparte Sammlung und Transport

Für notwendige Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Betriebsausstattung sowie für die Errichtung des 5. Recyclinghofes wurden insgesamt rd. 2.651,7 T€ investiert.

2.5. Finanzierungsmaßnahmen

Im Jahr 2008 wurden zwei langfristige Darlehen mit einem Gesamtvolumen von 10.000 T€ und einer zehnjährigen Zinsbindung aufgenommen.

Zu den Bilanzkennziffern wird auf den Punkt Darstellung der Lage - Unternehmenskennzahlen verwiesen.

2.6 Personal- und Sozialbereich

Der Mitarbeiterstand per 31.12.2008 beträgt 373.

Der gesamte Personalaufwand betrug im Berichtsjahr 18.592,9 T€.

Dieser teilt sich wie folgt auf:

	<u>Personal- aufwand</u>	<u>Sozial- abgaben</u>
Thermik	6.605,8	1.953,7
Sammlung und Transport	7.337,9	2.207,5
Autorecycling	377,9	109,9

2.7 Umweltschutz

Der Standort der Verbrennungsanlage, Korzert 15, unterzog sich im Jahre 2008 im Rahmen eines Audits einer freiwilligen Wiederholungsprüfung hinsichtlich der Kriterien der Entsorgungsfachbetriebsverordnung durch die TÜV Umwelt Cert GmbH. Das Zertifikat zum Entsorgungsfachbetrieb wurde erneut erteilt.

Die gem. Bundesemissionsschutzgesetz zu messenden Schadstoff- und Verbrennungsbedingungen liegen vor und werden wie durch den Genehmigungsbescheid gefordert, veröffentlicht und der Bezirksregierung vorgelegt.

Des Weiteren erfolgte im Berichtsjahr die erneute Zertifizierung für die Standorte Klingelholl 80-84 sowie Deutscher Ring (Autorecycling) zum Entsorgungsfachbetrieb durch Lloyds Quality Assurance GmbH bzw. CER QMS Qualifizierungsstelle.

2.8 Wichtige Vorgänge

Im Zuge der weltweiten Finanzkrise ist die American International Group, New York (AIG), der sogenannte Garantiegeber der US-Lease-Transaktion, im Rating herabgestuft worden. Gemäß den Vorgaben der vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit der US-Lease-Transaktion von 1999 entstand nach den Verträgen für AWG die Verpflichtung, die Eigenkapital-Erfüllungsübernahme (E-PUA) durch eine vergleichbare Erfüllungsübernahme (PUA) eines „AAA/Aaa“ gerateten und durch die Investoren akzeptierten Finanzinstituts zu ersetzen (Ersatz-PUA).

Entsprechend den Gesellschafterbeschlüssen der AWG, die noch in 2008 gefasst wurden, wurde die Geschäftsführung beauftragt, notwendige Schritte zu einer vorzeitigen Beendigung der Transaktion in die Wege zu leiten. In diesem Fall wäre es nicht notwendig gewesen, die durch die AIG eingetretene Vertragsstörung zu beseitigen, da die gesamte Transaktion abgewickelt worden wäre.

Auf Grund eines veränderten Zahlungsverhalten seitens „AIG“ ab Mitte Dezember 2008 wurde dieser Weg aus wirtschaftlichen Gründen nicht weiter verfolgt.

Vor diesem Hintergrund waren weitere Alternativen auch im Hinblick auf ihre Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Im Ergebnis stellte sich heraus, dass die „Gestellung sonstiger Sicherheiten“ die für die Gesellschaft günstigste Variante ist. Die amerikanischen Investoren haben sich bereit erklärt, statt des Austausches und der „Gestellung eines Ersatz PUA's“ auch einen „Letter of Credit“ (LoC) zugunsten des Trustes einer möglichst mit AAA (S&P) gerateten Bank zu akzeptieren. Für die AWG bietet diese Lösung eine Flexibilität, um zu einem späteren Zeitpunkt das E-PUA aufzuheben und die Transaktion vorzeitig beenden zu können.

Zur Gestellung eines solchen „Letter of Credit“ liegt ein gemeinsames Angebot der KfW/NRW-Bank vor. Dieser „LoC“ hat zunächst eine Laufzeit von zwei Jahren mit einer Verlängerungsoption. Um den im Verfahren beteiligten Städten Wuppertal und Remscheid eine Flexibilität zu gewährleisten ist der LoC jederzeit mit kurzer Frist kündbar. Durch den Letter of Credit wird sichergestellt, dass sich der amerikanische Investor bei Vertragsstörungen direkt an die KfW/NRW-Bank zwecks Befriedigung seiner Ansprüche wenden kann.

Die endgültige Unterzeichnung der notwendigen Verträge ist für Mitte Mai 2009 geplant. Zum Berichtszeitpunkt liegen die notwendigen Ratsbeschlüsse der Gesellschafterstädte, die Stellungnahme der Bezirksregierung entsprechend § 87 Gemeindeordnung NRW sowie die Legitimationsunterlagen der Unterzeichner vor. Das noch ausstehende beihilferechtliche Gutachten wurde durch die KfW beauftragt und wird für Anfang Mai erwartet.

Insoweit geht die Geschäftsführung der AWG davon aus, dass die Unterzeichnung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit im Mai 2009 stattfinden wird. Seitens der Gesellschaft wurden hierfür alle notwendigen Voraussetzungen getroffen.

Eine materielle Erhöhung der Risiken aus der US-Lease-Transaktion von 1999 entsteht durch den Auftrag zur Stellung eines Letter of Credit und die Übernahme der Deckungsverpflichtung gegenüber der KfW/NRW-Bank weder für die AWG noch die Städte Wuppertal und Remscheid.

Die AWG hält weiterhin daran fest, die US-Lease- Transaktion möglichst vorzeitig zu beenden. Mit Hinblick auf den erwarteten „LoC“ steht dann ein angemessenes Zeitfenster zu einer vorzeitigen Beendigung zur Verfügung, wenn es wirtschaftlich sinnvoll ist.

3. Darstellung der Lagen

3.1 Vermögenslage

Im Folgenden wird die Vermögenslage anhand einer Kurzbilanzübersicht der Jahre 2007 und 2008 wie folgt dargestellt:

	31.12.2007		31.12.2008	
	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	146.933	90,0	140.863	87,8
Umlaufvermögen	16.369	10,0	19.567	12,2
Aktive RAP	15	0,0	8	0,0
	163.317	100,0	160.438	100,0
Eigenkapital	20.038	12,3	20.038	12,5
Sonderposten	3.410	2,1	3.424	2,1
Rückstellungen	21.703	13,3	23.100	14,4
Verbindlichkeiten				
- langfristig	91.106	55,8	88.003	54,9
- kurzfristig	27.060	16,5	25.873	16,1
	163.317	100,0	160.438	100,0

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 2.879 reduziert.

Die Reduzierung der Bilanzsumme ist im Wesentlichen auf eine Verminderung des Anlagevermögens (6.070 T€) bei gleichzeitiger Erhöhung des Umlaufvermögens in Höhe von 3.198 T€ zurückzuführen.

3.2 Finanzlage

Kapitalflussrechnung zum 31.12.2008

		2007 T€	2008 T€
1.	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0
2.	+ Abschreibungen auf Anlagevermögen	15.932	15.601
3.	+/- Zunahme/Abnahme Rückstellungen	1.718	1.397
4.	-/+ Gewinn/Verlust aus Anlageabgängen	-29	31
5.	-/+ Zunahme Sonderposten m. Rücklage-Anteil	14	14
6.	-/+ Zunahme/Abnahme von		
	Vorratsvermögen	-527	396
	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.287	-65
	Forderungen Gesellschafter	-1.073	-561
	sonstigen Vermögensgegenständen	-61	-796
	aktive Rechnungsabgrenzungen	-8	7
7.	+/- Zunahme/Abnahme von		
	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-89	1.067
	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.245	-2.187
	sonstige Verbindlichkeiten	515	-578
	passive Rechnungsabgrenzung		
8.	Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	18.924	14.326
9.	+ Einzahlungen aus Anlageabgängen	287	89
9a.	+ Einzahlungen Zuschüsse Anlagevermögen		
10.	- Auszahlungen für Investitionen		
	in das Anlagevermögen	-4.638	-9.650
10a.	- Umbuchungen in das Vorratsvermögen	488	
11.	Cashflow aus Investitionstätigkeit	-3.862	-9.561
	Ausschüttung an Gesellschafter		
	Aufnahme Kredite	10.400	10.000
	Tilgung Kredite	-25.265	-12.592
	Einzahlung Stammkapital		
12.	Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-14.865	-2.952
13.	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	197	2.173
14.	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	1.145	1.342
15.	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	1.342	3.515

3.3 Ertragslage

Die Darstellung der Ertragslage ergibt sich aus nachfolgender Übersicht:

	2007 T€	2008 T€	Veränderung T€
Erlöse	85.387	89.750	4.363
Bestandsveränderungen	488	0	-488
Materialaufwand	31.845	32.243	398
Personalaufwand	17.735	18.583	858
Abschreibungen	16.059	15.644	-415
Betriebskosten	5.476	5.868	392
Verwaltungskosten	2.074	1.316	-758
sonst. betriebl. Aufwendungen	1.669	6.766	5.097
Betriebsergebnis	11.017	9.320	-1.697
Zins und ähnliche Erträge	592	207	-385
Zinsaufwendungen	5.680	5.199	-481
Finanzergebnis	5.088	4.992	-96
sonst. Erträge	2.277	2.816	539
a.o. Erträge	0	1.037	1.037
Neutrales Ergebnis	2.277	3.853	1.576
Ergebnis vor Steuern	8.206	8.181	-25
Steueraufwand	2.285	1.836	-449
Ergebnis vor Abführung	5.921	6.345	424
Aufwand Ergebnisabführung	5.921	6.345	424
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0

4. Hinweise auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Entsprechend dem aufgestellten Risikokatalog ergeben sich folgende wesentliche Risiken für das Unternehmen.

4.1 US-Lease-Service-Contract-Finanzierung

Die Gesellschaft hat am 6./7.12.1999 mit einem US-Trust eine US-Lease-Service-Contract-Finanzierung abgeschlossen. Die Verträge sehen im Falle einer Vertragsverletzung durch die AWG eine Auflösung der Verträge sowie eine dadurch resultierende Entschädigungsleistung vor. Diese ist abhängig vom Zeitpunkt der Vertragsauflösung, den dann bestehenden Zinssätzen und Dollarkursen und kann bis zum mehrfachen des aus diesem Geschäft seinerzeit erzielten Barwertvorteils betragen.

Wegen der, aus evtl. auftretenden Vertragsstörungen entstehenden Risiken, wurde seinerzeit als Vorsorge ein Risikomanagementsystems eingeführt. Dieses System liegt im Verantwortungsbe-
reich der Geschäftsführung und wurde in Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern der AWG, den
Arrangeuren des US-Lease-Transaktion und den Rechtsberatern der AWG erstellt. Entsprechend
den Vorgaben dieses Managementsystems erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung durch die

Geschäftsführung an den Aufsichtsrat und die Gesellschafter. Zur weiteren Reduzierung eventueller Risiken wurde in 2005 ein Beratungsvertrag abgeschlossen.

Zu der aktuellen Entwicklung verweisen wir auf TZ 2.8. dieses Lageberichts.

4.2 EKOCity

Durch den Abschluss der Pacht- und Betriebsführungsverträge im Jahr 2003 wurde die Auslastung der Verbrennungsanlage und damit eine kostendeckende Erlössituation und ein entsprechender Unternehmensertrag langfristig gesichert.

5. Vorgänge nach Schluss des Geschäftsjahres (§ 289 HGB)

Es liegen keine berichtspflichtigen Vorgänge vor.

6. Voraussichtliche Entwicklung

Hierzu verweisen wir auf die Ausführungen unter Punkt 4.2

Wuppertal, im April 2009

Die Geschäftsführung